Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls nur in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 149 — Dienstag, den 29. Juni 1920 — 48. Jahrgang

Das Programm der neuen Regierung.

(Reichstagssitzung vom 28. Juni.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme der Regierungserklärung.

Reichskanzler Dr. Fehrenbach:

Nachdem der Kanzler auf die ernste Verantwortung hingewiesen hatte, die die neue Regierung der Gesamtheit des Volkes gegenüber übernommen habe, fuhr er fort: Das Programm der neuen Regierung, das ich Ihnen nunmehr unterbreite, ist entsprechend unserer Verfassung das Ergebnis einer sorgfältigen Beratung des gesamten Kabinetts. Hocherfreulicherweise ist dabei vollkommene Uebereinstimmung sämtlicher Mitglieder zutage getreten. Die Konferenz von Spaa steht unmittelbar bevor. Sie gibt mir Anlaß, zunächst einige Worte zu sagen über unsere auswärtige Politik. Alle unsere Beziehungen zum Ausland stehen unter dem Eindruck des Friedens von Versailles. Die Lasten, die dem deutschen Volk auferlegt sind, sind unermeßlich groß und in ihrer vollen Schwere kaum erkannt. Nachdem aber Deutschland den Friedensvertrag angenommen hat, kann es, solange sich die bisher feindlichen Staaten nicht zu Aenderungen verstehen können, für die Staatsregierung nichts anderes geben, als danach zu streben, die übernommenen Verpflichtungen auszuführen, soweit das möglich ist. Wenn die früheren Gegner mit den bisherigen Leistungen teilweise unzufrieden sind, so wird es Aufgabe der neuen Regierung sein, urkundlich darzulegen, was wir bereits geleistet und hergegeben haben. Wenn trotzdem nicht alle Vertragsbedingungen durchgeführt worden sind, so liegt das nicht an dem bösen Willen Deutschlands, sondern an Verhältnissen, die stärker sind als ein guter Wille. Zu diesen Umständen gehört in erster Linie das tiefe Mißtrauen, das bei unseren Gegnern immer noch gegen Deutschland herrscht. (Sehr gut!) Wir werden es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, der verhängnisvollen Wechselwirkung zwischen dem Mißtrauen der Gegner und dem Mißlingen der Erfüllung der Friedensbestimmungen ein Ende zu machen, indem wir alle unsere früheren Gegner davon überzeugen, daß im deutschen Volke politische Träume umso weniger Boden finden, je einsichtiger man ihm gegenüber tritt, und daß jeder gute Deutsche jetzt nur die Losungsworte kennt, das, was der Krieg zerstört hat, in ruhiger, friedlicher Arbeit wieder aufzubauen. Wir sehen einen Fortschritt darin, daß das schwierige und mannigfaltige Problem des gemeinsamen Wiederaufbaues zwischen den Beteiligten mündlich besprochen werden soll, und können diesen Besprechungen aus leicht begreiflichen Gründen nicht vorgreifen.

In unserer inneren Politik ist unsere dringendste Sorge der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes, der auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig weiterzuführen ist, der einheitliche und feste Wille der Regierung. (Beifall. Alle Parteien fordern wir auf, verfassungsrechtliche Kämpfe zurücktreten zu lassen. Wir stehen auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung aller Deutschen und lehnen daher jeden Versuch der Bevorzugung einer Klassenherrschaft oder der Bewilligung von irgendwelchen Vorrechten ab. (Unruhe bei den Unabhängigen. Beifall rechts.) Wir wollen eine Politik der Versöhnung (Unruhe und Zuruf bei den Unabhängigen) und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Rassenhaß, jede soziale und religiöse Vergewaltigung. Was uns jetzt vor allem not tut ist Ruhe und Ordnung im Staatsleben. Die Regierung appelliert deshalb an das deutsche Volk, gleichviel welcher Partei der einzelne angehört. Führen wir den schrecklichen Krieg hier nicht fort nachdem er sich an den Grenzen des Reiches ausgelebt hat. (Zuruf bei den Unabhängigen: Das sagen Sie nur der Rechten!) Einem Appell an die Gewalt wird und muß die Regierung — von welcher Seite sie auch kommt — kräftig entgegentreten, ebenso allen Versuchen gewaltsamer Umwälzungen. Auf den Grundmauern der Verfassung von Weimar soll der Ausbau im inneren Staatswesen weiter geführt werden. Die Regierung wird sich dabei von den Gesichtspunkten leiten lassen, daß im Rahmen der Verfassung die Freiheit der Entwicklung gewährleistet werden soll. Einer Ueberspannung der Zentralisation werden wir uns widersetzen. Die Reichsregierung und das deutsche Volk haben die feste und unerschütterliche Zuversicht, daß bei den Abstimmungen über das zukünftige Schicksal von Teilen von West- und Ostpreußen und Oberschlesien die durch die Jahrhunderte lang erwobte Bevölkerung unsere gerechte Sache verbürgt. In ähnlichem Sinne gedenken wir der Bevölkerung von Eupen und Malmedy. (Beifall.) Die Durchführung der Neuorganisation der Reichswehr wird dazu führen, die bedauerlicherweise entstandene Kluft zwischen Volk und Heer zu überbrücken. (Zustimmung rechts. Lärm bei den Unabhängigen: Fort mit der Reichswehr!). Handel, Gewerbe und Verkehr und alles was damit zusammenhängt, sind durch unausgesetzte Steigerung des Bestandes an Papiergeld und durch die sich daraus ergebenden Lohnkämpfe auf das ernsteste gefährdet. Dieser Gefahr muß begegnet werden mit allen Mitteln, damit wir unser Volk vor dem Elende eines Zusammenbruches der Volks- und Staatswirtschaft bewahren. Und darum muß die Sanierung der Reichsfinanzen mit allem Nachdruck gefördert werden. Wenn die neueröffneten Einnahmequellen sich entsprechend den Schätzungen entwickeln, so werden an Steuern 24 Milliarden einkommen, darunter allerdings 3 Milliarden einmalige Steuern. Aber trotz dieser Steuermassen werden die Schulden wachsen und zwar in sehr bedeutendem Maße, denn es sind auch Milliarden auf die Schultern zu nehmen infolge des Friedensvertrages, des Wiederaufbaues und der Fehlbeträge der Verkehrsverwaltung. Wir sind also noch nicht zu Ende mit unseren Reformarbeiten auf diesem Gebiete. Die Post rechnet mit einem Defizit von etwa 1 Milliarde, die Eisenbahn mit einem solchen von 15 Milliarden. Da muß Abhilfe geschaffen werden. Weiterhin muß unsere Volkswirtschaft durch Wiederherstellung unserer Gütererzeugung gefördert werden. Unsere einzige Rettung liegt in der Steigerung unserer Gütererzeugung, die ständig wachsen muß.

Unsere Ernährungslage ist nach wie vor besorgniserregend und wir müssen auf sehr große Einfuhren von Lebensmitteln aus dem Auslande angewiesen sein. Wir müssen dazu kommen, dem Volke mehr zu bieten als heute. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den herzlichsten Dank für die Hilfe ausländischer Menschenfreunde aussprechen, die Hunderttausende von deutschen Kindern gespeist haben. Eine besondere Verbesserung unserer Versorgung dürfen wir von der beginnenden Lockerung der Zwangswirtschaft erwarten, es kann aber nur ein teilweiser und allmählicher Abbau in Frage kommen. Aber immer bleibt das Rückgrat unserer Ernährung unsere heimische Landwirtschaft. Die Regierung wird alle sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergreifen, um die größtmöglichste Förderung von Kohle und Kali zu sichern. Die im Interesse der Volksgemeinschaft erlassenen Gesetze über Sozialisierungen, insbesondere über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, wird loyal durchgeführt werden. Zweck und Erfolg jeder Sozialisierung muß die Steigerung der Produktion sein.

Eine Anpassung der Reichsversicherungsordnung an die veränderten Verhältnisse wird erfolgen müssen. Eine Vorlage für die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit liegt dem Reichsrat bereits vor. Im innigsten Zusammenhange mit dieser Frage steht die Förderung des ländlichen Siedlungswesens und die Durchführung des Heimstättengesetzes. Zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter befinden sich verschiedene Gesetze in Vorbereitung. Die Neuordnung der sozialen Sondergerichtsbarkeit ist in Vorbereitung. Es ist der ehrliche und aufrichtige Wille der Regierung, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr zu regieren. (Beifall.) Wir sind eine sogenannte bürgerliche Regierung, aber nicht durch unseren Willen.. Das glaube ich ohne Widerspruch feststellen zu dürfen. Der freiwillige Verzicht auf die Mitarbeit an der Regierung legt der sozialdemokratischen Partei Verpflichtungen auf gegenüber einer Regierung, die wie bisher nicht gegen die Arbeiterschaft sondern mit ihr und für sie regieren will. Wir wollen sein, eine Regierung der Versöhnung, des Ausgleiches der Gegensätze, das Aufrufs an die ganze deutsche Nation zur tatkräftigen Mitarbeit an der Wiederaufrichtung des zusammengebrochenen Vaterlandes. Notwendiger als eine starke Faust scheint uns jetzt eine ehrlich dargebotene Rechte zu sein, in die alle Wohlmeinenden einschlagen können. Uns hat nur das Bewußtsein der Pflicht gegenüber Volk und Vaterland an diese Stelle geführt. Der Kanzler schloß: In einer Stunde der Not und nach folgeschwersten Entschlüssen treten wir vor den deutschen Reichstag. Gemeinsam wollen wir schaffen, Trennendes zurückstellen und uns zusammenfinden in dem Gedanken des Opfers für das große Ganze, auf das Deutschland lebe. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) — Nach Erledigung der vorliegenden Interpellationen und Verweisung einer Notetats an den Haushaltungsausschuß vertagt sich das Haus auf 3 Uhr.

Erklärungen von links und rechts.

Bei der Wiederaufnahme der Sitzung nach 3 Uhr nachmittags weist das Haus bei weitem nicht mehr die Fülle des Vormittages auf; Haus und Tribünen sind mäßig besucht.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung und erteilt das Wort dem

Abg. Scheidemann (Soz.):

Die Erklärung der Regierung läßt keinen Zweifel vermissen, aber im allgemeinen könne man mit dem Programm einverstanden sein. Die gute Absicht Fehrenbachs, die Reinheit seines Wollens ständen für ihn außer jedem Zweifel. Er habe das Vertrauen zu ihm, daß er mit seiner ganzen Person für den Schutz der Verfassung eintreten werde. Das Kabinett werde seine Partei auf seiner Seite haben, wenn es dem heute gekennzeichneten Programm der Arbeiterschaft gegenüber treu bleibe, ebenso werde es sie zu Gegnern haben, wenn es jemals die Bahn verlassen werde. Wenn jetzt zum ersten Male die Sozialdemokraten nicht im Kabinett vertreten seien, so sei das allein der Politik der Unabhängigen zu danken. Fortwährend von Zwischenrufen unterbrochen, hält der Redner mit den Unabhängigen Abrechnung, denen er Eigennutz, Kurzsichtigkeit und Verblendung vorwirft, die zur Zersplitterung der Arbeiterschaft geführt hätten. Er warnt vor jeden Versuch der Herbeiführung einer gewaltsamen Umwälzung. Dann wendet er sich an die Deutsche Volkspartei, die er davor warnt, dem Locken der äußersten Rechten zu folgen. Er wirft ihr skrupellose Führung des Wahlkampfes vor. Scheidemann entwickelt hierauf das Programm seiner Partei und fordert vor allem die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, die namentlich im Hinblick auf das Marburger Urteil als eine Schmach empfunden werde. Der Redner verlangt Aufteilung des Großgrundbesitzes. In der auswärtigen Politik sei es Pflicht der Regierung, die Welt von unseren friedlichen Absichten zu überzeugen, auch Rußland.

Abg. Ledebour (U.)

erklärt, seine Partei habe den Eintritt in die Regierung abgelehnt, weil die Wahlen klar bewiesen haben, daß das Volk die Koalitionspartei verurteile. Seine Partei stehe auf ihrem Programm, das ihr 5 Millionen Stimmen verschafft habe. Er gebe zu, daß einzelne Mitglieder seiner Partei abweichende Absichten bekundet hätten. Darauf komme es aber nicht an. Das Parteiprogramm sei bindend und hieran halte auch die Reichstagsfraktion fest. Die Einigung im Proletariat sei freilich auf dem Wege, aber nicht auf dem Wege über das Parlament. Der Kampf gegen die Reaktion werde das einigende Band bilden. Dann werde der Tag kommen, wo die Mehrheitssozialisten wieder Hand in Hand mit ihnen gehen. Redner kommt sodann auf die Kanzlerrede zu sprechen, aus der er leider nichts Greifbares habe entnehmen können. Der militärischen Nebenregierung gegenüber müßte die Arbeiterschaft sich rechtzeitig auf den Generalstreik einrichten. Wenn der Kanzler in der Arbeiterfrage die Politik der bisherigen Regierung fortsetzen wolle, so sei den Arbeitern nicht damit gedient. Wenn der Kanzler die Zwangswirtschaft nur in gewissen Grenzen weiterführen wolle, so sei er damit nicht einverstanden. Die Zwangswirtschaft müsse im Gegenteil ausgedehnt und alle Vorräte in Staatsbesitz genommen werden. Ledebour fordert weiter die Sozialisierung des Großgrundbesitzes und des Wohnungswesens. In Spaa werde der Reichskanzler jedenfalls den Versuch machen, eine Herabminderung der Friedensbedingungen durchzusetzen. Das könne nur die Arbeitermasse aller Völker einschließlich Amerika tun. Unsere Arbeit ist es, die Masse in anderen Parteien zu überzeugen. Nur so ist gegenseitige Verbrüderung der Völker und ewiger Friede möglich. Am Schluß seiner Rede trat Ledebour für Friedensschluß mit Rußland und Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland ein. Dazu würde seine Partei gern mithelfen.

Abg. Hergt (D.-N.)

geht auf die Verhandlungen über die Regierungsbildungen ein, die wie ein kalter Wasserstrahl auf die Wähler gewirkt hätten. Man habe den Eindruck eines Handelsgeschäftes. Nach jeder Revolution komme ein Rückschlag nach rechts, das sei auch jetzt der Fall gewesen. Wenn sich der Kanzler Müller jetzt an die Unabhängigen wandte, so ist das nach dem Ausfall der Wahlen erklärlich. Glücklicherweise hat die Antwort der Unabhängigen die Sache klargelegt. Die Unabhängigen sind gegen jede Demokratie und gegen jede Koalition, also gegen die Verfassung. Für sie gilt die Diktatur des Proletariats. (Protest-Zwischenrufe: Sie selbst sind gegen die Verfassung!) So lange ich Vorsitzender der deutschen nationalen Partei bin, wird sie auf dem Boden der Verfassung stehen. Was Idealogen von den Mehrheitssozialisten erhofft hatten, trat nicht ein, die Mehrheitssozialisten sagten sich von der Koalition los, damit hat die Mehrheitssozialdemokratie sich als zu jeder positiven Mitarbeit unfähig erklärt. Die andere Lösung war ein sogenanntes bürgerliches Kabinett, worüber wir keinen Zweifel gelassen haben. Das Volk schreit nach Autorität. Die Demokraten wollten nicht mit uns zusammenarbeiten, deshalb haben sie unser Aufbauprogramm gar nicht einmal angehört. Der Deutschen Volkspartei machte er zum Vorwurf, daß der Abg. Heinze gleich zu Beginn der Regierungsbildung die Waffen gestreckt habe. Den Wahlgang haben wir Seite an Seite geführt, deshalb hätte Heinze sich zu uns bekennen sollen. Die Regierungsbildung ist ein Verlegenheitsprodukt, zwar bürgerlich, aber mit einer starken Neigung nach links. Wir werden uns abwartend verhalten und nicht binden. Die Hauptsache bleibt die Konferenz in Spaa, deren Programm leider noch nicht bekannt ist. Redner dankt der Regierung für ihre gute Absicht. Gegenüber der Landwirtschaft bitten wir, sie vor dem Terror der Handwirtschaft zu schützen. Seine Partei wolle der Regierung kein Mißtrauensvotum, aber auch kein Vertrauensvotum austeilen.

Minister des Aeußeren Simons legte dar, daß die französischen Noten am 25. 6. eingegangen und von ihm am 26. 6. bei seinem Amtsantritt vorgefunden seien. Die mit der Bildung des Kabinetts und dem Entwurf des Programms verbundenen Arbeiten hätten die Veröffentlichung verzögert, die morgen früh erfolgen werde.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Die neuen Männer.

Dem neuen Reichskabinett gehören neben dem Reichskanzler Fehrenbach bekanntlich fünf Minister des alten Kabinetts an, nämlich die Demokraten Dr. Koch und Dr. Geßler, sowie die Zentrumsminister Dr. Wirth, Dr. Hermes und Giesberts. Die anderen Mitglieder treten zum ersten Male als Reichsminister an die Oeffentlichkeit, teilweise treten sie auch als Politiker zum ersten Male hervor.

Der neue Vizekanzler und Reichsjustizminister Dr. Herm. Löbe spielte schon in der Nationalversammlung als Führer der Deutschen Volkspartei eine Rolle und stand schon vor der Revolution als Parlamentarier und auch als Minister lange Zeit im politischen Leben. Er wurde am 22. Juli 1865 als Sohn des bekannten Leipziger Philosophen Prof. Dr. Heinze in Oldenburg geboren, studierte Jura und wandte sich dem Richterberuf zu, in dem er eine schnelle Karriere machte. 1914 wurde er Reichsgerichtsrat, dann war er längere Zeit Unterstaatssekretär im Kais. Osmanischen Justizministerium und später bis zur Revolution Kgl. sächsischer Justizminister. Dem Reichstage gehörte er 1907 bis 1911 als Nationalliberaler an.

Der neue Reichsverkehrsminister, Generalleutnant Wilhelm Groener, geboren am 22. November 1867 in Ludwigshafen, erwarb sich im Weltkriege als hervorragender Organisator einen Namen. Er kam als Offizier sehr früh in den Generalstab, in dem er 1912 als Oberstleutnant die Leitung der Eisenbahnabteilung übernahm. Als solcher hat er sich große Verdienste um die Schnelligkeit und glatte Organisation der Mobilmachung erworben. Während des Krieges war er als Generalmajor Chef des Feldeisenbahnwesens, dann Leiter der Kriegsamtes. Später führte er eine Division, dann ein Armeekorps in der Ukraine, wurde dann dort Chef der Heeresgruppe Eichhorn und im Oktober 1918 der Nachfolger Ludendorffs als Erster Generalquartiermeister. Als dieser führte er die schwierige Aufgabe durch, das aufgelöste Heer in die Heimat zurückzuführen. Er stand schon damals in scharfem Gegensatz zu den Offizieren der Ludendorffschen Richtung und steht jetzt in seinen politischen Anschauungen den Demokraten nahe.

Der neue Reichsminister des Aeußern, Dr. Walter Simons, ist in der weiteren Oeffentlichkeit noch unbekannt. Auch er ist Jurist und machte als Richter eine schnelle Karriere. Seit 1905 gehörte er dem Reichsjustizamt an, seit 1907 als Vortragender Rat, 1911 trat er als Geh. Legationsrat und Vortragender Rat ins Auswärtige Amt über, in dem er seit 1918 die Rechtsabteilung leitete. Er war später bevollmächtigter Beirat des Reichskanzlers Prinz Max von Baden, welche Stellung er auch unter den Volksbeauftragten beibehielt. Er wurde dann Rechtsberater und Generalkommissar der Friedensdelegation in Versailles. Nach dem Scheitern der Mission des Grafen Brockdorff-Rantzau schied er aus dem Reichsdienst aus und übernahm eine führende Stellung in der Industrie.

Auch Reichsschatzminister Dr. Hans von Raumer, ist ein früherer Verwaltungsbeamter, der nach der Revolution zur Industrie übergetreten ist. Er ist am 10. Januar 1870 als Sohn eines Offiziers in Dessau geboren und studierte Rechts- und Staatswissenschaft. Er war längere Zeit Landrat und gehörte eine Zeitlang unter dem Grafen Rödern als Referent dem Reichsschatzamt an. Er gehört dem Reichstag als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei an.

Reichswirtschaftsminister Dr. Ernst Scholz ist 1874 geboren, also noch verhältnismäßig jung. Ihm geht der Ruf eines weitsichtigen und ergebten Kommunalpolitikers voraus. Er war ursprünglich Jurist, schlug aber früh die Laufbahn der höheren Gemeindebeamten ein. Er war Magistratsassessor in Frankfurt a. M., dann Beigeordneter in Wiesbaden und Düsseldorf. 1912 wurde er als Vorgänger des jetzigen Reichsministers des Innern Dr. Koch Oberbürgermeister in Cassel. 1913 wurde er zum Oberbürgermeister von Charlottenburg gewählt. Er erwarb sich im Weltkriege als Hauptmann beide Eisernen Kreuze.

Der neue Reichstagspräsident Paul Löbe der auch erst 45 Jahre alt ist, spielte in der sozialdemokratischen Partei schon seit langem eine führende Rolle. Er war ursprünglich Schriftsetzer und schon früh im Parteileben tätig. Seit 1899 war er Redakteur der Breslauer

„Volkswacht". Im November 1918 sollte er, als die Unabhängigen aus dem Rat der Volksbeauftragten ausschieden, mit Noske und Wissel an deren Stelle treten, doch lehnte er ab. In der Nationalversammlung war er Vorsitzender seiner Fraktion.

Danzigs Knechtung.

Dem Ausschuß für Auswärtiges der verfassunggebenden Versammlung wurde der polnische Entwurf für den Vertrag, der die gegenseitigen Beziehungen zwischen der polnischen Republik und der freien Stadt Danzig regeln soll, übergeben. Aus ihm sei hervorgehoben: Nach Artikel 1 liegt die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der freien Stadt Danzig ob, die diplomatische und konsularische Vertretung, sowie der Schutz ihrer Staatsangehörigen in den fremden Ländern der polnischen Regierung. Artikel 3 lautet: Die Handelsschiffe der freien Stadt Danzig führen die Flagge der polnischen Handelsmarine. Laut Artikel 13 ist im inneren Dienst die Sprache der Behörden, der Gerichtshöfe, aller Organisationen der freien Stadt Danzig und ihrer politischen Gemeinden diejenige, die von den beiderseitigen zuständigen Behörden Danzigs und ihrer politischen Gemeinden angenommen ist. Gleicherweise sind deutsch und polnisch zugelassen. Nach Artikel 20 ist Danzig verpflichtet, überall da polnische Volksschulen zu gründen, wo mindestens 40 Kinder vorhanden sind, deren Eltern wünschen, sie in polnischer Sprache unterrichten zu lassen. Nach Artikel 29 gehören die Gerichtssachen, die der Zuständigkeit des Reichsgerichts unterliegen, von nun ab vor die Zuständigkeit des obersten Gerichtshofes der polnischen Republik. Artikel 30 lautet: Polen hat das Recht, auf dem Gebiet Danzigs alle notwendigen Maßnahmen bezüglich des Militär- und Marinewesens zu treffen, um sein Landgebiet und die Zugänge zum Meere, wie auch das Gebiet der freien Stadt Danzig zu verteidigen. Zu diesem Zweck hat Polen das Recht, auf besagtem Gebiet Militär- und Seestreitkräfte zu unterhalten, Befestigungswerke zu beschlagnahmen und die militärische Aufsicht auszuüben. Nach Artikel 39 werden die polnischen Behörden mit der Verwaltung und Aufsicht des Danziger Hafens mit allen Zugangswegen, der Wasserstraßen, Docks usw. beauftragt. Nach Artikel 52 werden Abgaben und Gebühren und im allgemeinen alle indirekten Steuern im Gebiete Danzigs nach denselben Grundsätzen und denselben Taxen festgesetzt, verwaltet und erhoben, wie im Gebiet des polnischen Staates. Falls die polnische Regierung für irgend eine Ware ein Staatsmonopol errichten würde, würde ein gleiches Monopol auf dieselbe Art Ware zur gleichen Zeit im Gebiet der freien Stadt Danzig errichtet. Nach Artikel 53 ist das Geld der Stadt Danzig polnisches Geld.

Leider besteht wenig Hoffnung darauf, daß Danzig wesentliche Milderungen in diesem Knechtungsvertrag wird durchsetzen können, da schon im Versailler Friedensvertrag Art. 104—108 eine weitgehende Unterstellung Danzigs unter polnische Oberhoheit vorgesehen ist und das hierauf bezügliche „Abkommen", dessen Entwurf in polnischer Fassung wir oben wiedergegeben haben, von den „alliierten und assoziierten Hauptmächten" festgesetzt werden soll.

Erklärungen des Reichswehrministers.

Reichswehrminister Geßler erklärte dem Vertreter des Matin, Jules Sauerwein, das deutsche Volk könne sich nicht wieder erheben und seine Verpflichtungen erfüllen, wenn es nicht den innern Frieden sicherstellen könne. Deshalb sei es unbedingt notwendig, ein Heer von 200 000 Mann zu unterhalten. Die Erfahrungen der letzten 18 Monate hätten den Beweis geliefert, daß 100 000 Mann nicht genügten. Zur Bekämpfung der Unruhen im März 1919 seien 45 000 Mann notwendig gewesen, zur Niederwerfung der Räteherrschaft in München im April 1919 33 000 Mann, zur Bekämpfung der Unruhen in Hamburg im Juli 1919 19 000 Mann und im letzten Frühjahr seien im Ruhrgebiet 40 000 Mann tätig gewesen. Mit 100 000 Mann müsse man große Teile deutschen Gebiets ohne Schutz lassen. Auch die Entlassung von 50 000 oder 100 000 Soldaten bedeute eine Gefahr, da die Entlassenen meistens zu extremen Parteien übergingen. Ohne ein Heer, das fähig sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten, sei die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Gebiet des Wiederaufbaus aussichtslos. Dr. Geßler betonte übrigens noch, daß nicht nur Lloyd George und Winston Churchill, sondern auch sachverständige Franzosen die Anstrengungen anerkannt hätten, die Deutschland mache, um zu einer Entwaffnung zu gelangen. Er habe die Ueberzeugung, daß nach gewissenhafter Prüfung der Lage Deutschland nicht mehr eines schlechten Willens bezichtigt werde.

Deutschlands Einnahmen von April 1919 bis Januar 1920.

Zum ersten Male seit August 1914 veröffentlicht das Reichsfinanzministerium eine Uebersicht der Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren für die Zeit vom 1. April 1919 bis Ende Januar 1920.

Die Einnahmen setzen sich aus folgenden Punkten zusammen, wobei die Zahlen abgerundet sind: Einge nommen sind vom 1. April 1919 bis Ende Januar 1920: Zölle 652 Millionen, Tabaksteuer 18 Mill., Zigarettensteuer 214 Mill. und Kriegsaufschlag 351 Mill., Zuckersteuer 140 Mill., Weinsteuer 311 Mill., Schaumweinsteuer 28 Mill., Mineralwassersteuer 48 Mill., Zündwarensteuer 31 Mill., Biersteuer 117 Mill., Reichsstempelabgabe von Gesellschaftsverträgen 92 Mill., Wertpapieren 30 Mill., Gewinnanteilscheinen 25 Mill., Kauf- u. sonstige Anschaffungsgeschäfte 115 Mill., Frachturkunden 91 Mill., Grundstücksübertragungen 71 Mill., Abgabe A (Personenverkehr) 211 Mill., Abgabe B (Güterverkehr) 153 Mill., Kohlensteuer 1 Milliarde, Grunderwerbssteuer 22 Mill., Erbschaftssteuer 87 Mill., Besitzsteuer 60 Millionen, Kriegsabgabe 1916 und Zuschlag 63 Mill., außerordentliche Kriegsabgabe 1918 1 Milliarde, Kriegsabgabe 1919 1 Milliarde, Reichsnotopfer 127 Mill., Abgabe vom Vermögenszuwachs 30 000 Mark, Umsatzsteuer 589 Mill., mit Post- und Telegraphengebühren zu erhebende Reichsabgabe 173 Millionen. Zusammen ca. 7 Milliarden.

Der Stand der schwebenden Schuld am 30. 4. 20 betrug in diskontierten Schatzanweisungen 95 Milliarden,
an weiteren Zahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen und Schatzwechseln 13 Milliarden,
an Sicherheitsleistungen mit Schatzanweisungen u. Schatzwechseln 9 Milliarden,

zusammen über 117 Milliarden.

Ueber die Aussichten der Konjunktur

verbreitet sich der bekannte Eisenfachmann Kommerzienrat Dr. C. L. Netter in der neuesten Nummer des „Industrie-Kurier". Er sagt u. a.: Ich gebe zu, daß durch die günstige Gestaltung des Devisenmarktes die Exportmöglichkeit stark beeinträchtigt wurde, besonders durch die Sistierung und das Zurückziehen von Aufträgen aus dem Ausland; aber dem steht doch gegenüber, daß wir in Deutschland so gut wie gar keine Bestände haben, die Läger des Handels so gut wie leer sind und kein Handwerker Rohmaterial für die kleinsten Reparaturen hat. Es müßte also das Inland mit Leichtigkeit in der Lage sein, die Produktion, die für das Ausland bestimmt war, im Inland unterzubringen. Dem ist aber nicht so. Trotz der für den Export ungünstigen Valuta ist es heute beinahe eher möglich, nach dem Ausland zu verkaufen, wie im Inland, und hier liegt die Ursache einzig und allein in der Kaufunlust und in der Schwierigkeit, bei den ständig erhöhten Preisen die nötigen Kapitalien zu schaffen. Die allgemeine wirtschaftliche Lage ist deshalb heute keine erfreuliche und wenig übersichtlich. Da die Gründe für die heutige Situation auf den verschiedensten Gebieten liegen, so wird es auch natürlich von verschiedenen Gründen abhängen, wie sich unsere wirtschaftliche Lage weiter entwickelt. Die rückgängige Konjunktur ist noch nicht an einem Ruhepunkt angelangt, ja, ich bin der Ansicht, daß, da auch Lebensmittel und andere Artikel des täglichen Bedarfs billiger zu erstehen sind und dadurch die ganze Lebenshaltung sich verbilligt, die Lohn- und Gehaltsfrage in ein anderes Stadium treten wird. Unser gesamtes Wirtschaftsleben wird aber trotz alledem nach meiner Ueberzeugung einer besseren Zeit entgegengehen, wenn der Kohlennot gesteuert und die Produktion durch Streiks nicht mehr gestört wird; unser größter Feind und gleichzeitig die Ursache der enormen Preisentwicklung nach oben war die unregelmäßige Produktion in der deutschen Industrie; nicht die gestiegenen Löhne und Gehälter allein haben die Steigerung verursacht, sondern der Umstand, daß kein Produzent in der Lage war, seine Fabrikationseinrichtungen richtig auszunutzen. Behalten wir Ruhe und Ordnung im Innern, so sehe ich der nächsten Zukunft in bezug auf unsere wirtschaftliche Lage nicht allzu pessimistisch entgegen. Ohne Abkürzung der Arbeitszeit in der Industrie und ohne Arbeiterentlassungen wird es aber nicht abgehen, und der Abbau der Löhne und Gehälter wird nur eine Frage der Zeit sein.

Schwere Lebensmittelunruhen in Hamburg.

(TU) Auf Anordnung des Regierungspräsidenten ist der Ausnahmezustand auf die zu Groß-Hamburg gehörenden Gebiete, darunter Bergedorf und Wilhelmsburg ausgedehnt worden. Im Laufe des gestrigen Tages haben in der Neustadt, auf der Uhlenhorst und schließlich auch in Sankt Pauli große Ausschreitungen stattgefunden. Die Geschäfte wurden gezwungen, ihre Lebensmittelbestände zu bedeutend herabgesetzten Preisen zu verkaufen. Eine Reihe Verhaftungen, hauptsächlich von Frauen, die Hetzreden hielten und zum Plündern aufforderten, wurden vorgenommen. Vielfach sind die Festgenommenen gar keine Hamburger. Die Sicherheitspolizei fühlt sich der Lage gewachsen. Der durch die Plünderungen angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt.

Die Hamburger Nachrichten melden: Nachdem Sonntag abend in der weiteren Umgebung Hamburgs große Truppenmassen zusammengezogen wurden, ist in der frühesten Morgenstunden mit dem Abtransport der Truppen begonnen worden. Ununterbrochen rollen Züge mit Soldaten, Maschinengewehren, Bagagen usw. nach Hamburg und Altona.

In Cuxhaven ist eine Neunerkommission eingesetzt worden, die in Verbindung mit dem Magistrat eine Herabsetzung der Preise vorsieht und viele Geschäfte verpflichtet hat, eine Woche lang ihre Waren an die minderbemittelste Bevölkerung ohne jeden Nutzen zu verkaufen.

In Mainz versammelten sich gestern schon in den frühen Morgenstunden auf dem Marktplatze tausende von Menschen, darunter viel Polizei. Zu Ruhestörungen kam es nicht. Französische Gendarmeriepatrouillen durchziehen die Stadt, außerdem drei Panzerautos; drei Tanks sind in der Nähe des Marktplatzes aufgestellt. Unter dem Druck der Zwangsverkäufe wurden die Preise der meisten Verbrauchsartikel ganz wesentlich herabgesetzt. In den hauptsächlichsten Orten, die die Obstmärkte beschicken, haben sich die Landwirte bewaffnet, weil sich das Gerücht verbreitete, daß die Mainzer Arbeiterschaft auf das Land komme, wenn die Märkte nicht genügend beschickt würden.

In den badischen Städten hat der Streik der Käufer einerseits und der Händler anderseits in bezug auf das Obst begonnen. Seit zwei Tagen stockt die Obstzufuhr.

Tagesereignisse.

— **(Unsere Vertreter in Spaa.)** Wie gestern im Aeltestenausschuß des Reichstages mitgeteilt wurde, werden an den Verhandlungen in Spaa voraussichtlich der Reichskanzler, der Minister des Aeußeren und der Reichsfinanzminister teilnehmen. — Das B. T. teilt mit, daß in Begleitung des Ministers des Aeußeren der Direktor der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Geheimrat von Simson nach Spaa reisen werde. Beide Herren hätten den Friedensvertrag bis zu seinen letzten verborgenen Einzelheiten studiert. Insofern werde Deutschland in Spaa gut vertreten sein.

— **(Die Friedensbedingungen der Türkei.)** Wie der „Daily Expreß" aus Konstantinopel erfährt, ist das türkische Kabinett bereit, die Friedensbedingungen der Alliierten anzunehmen, mit Ausnahme der Uebergabe von Smyrna und Thrazien an Griechenland. Die türkische Regierung verlangt, daß die nach dem letzten Balkankrieg festgesetzte Grenze Griechenlands bestehen bleibt. Die Unabhängigkeit Armeniens, der Hedschas-Regierung, sowie die Forderungen mit Bezug auf Mesopotamien und Syrien, sowie die Wasserstraßen sollen anerkannt werden.

— **Die Freiheitskämpfe der Iren** in Londonderry dauern immer noch in alter Heftigkeit an. Man hat Truppen unter dem General Macready nach der Stadt gesandt, die vorläufig noch fest in der Hand der bewaffneten irischen Nationalisten ist. — Wie „Petit Parisien" berichtet, hat auf der Arbeiterkonferenz in Scarborough bei der Erörterung der irischen Frage der sozialistische Theoretiker Stoney Webb eine Reihe von Entschließungen eingebracht, welche die sofortige Lösung Irlands von England verlangen. Ferner fordert Irland die politische Unabhängigkeit, den Rückzug der englischen Beamten aus Dublin. Die Arbeiterkonferenz nahm daraufhin eine Resolution an, in der es heißt, das irische Volk sei berechtigt, nach eigenem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Regierungsform es wünsche.

— **(Die „schwarze Pest.")** Aus Ludwigshafen wird gemeldet: Auf dem Zeltpfad, der von Maugach nach Rheingönnheim führt, wurde die 35 Jahre alte Ehefrau Becker von Maugach, die ihr fünfjähriges Söhnchen mit sich führte, von einem französischen Kolonialsoldaten angehalten. Die Frau schrie um Hilfe, worauf ihr der Unhold mit dem Griff des Seitengewehrs ins Gesicht schlug und sie verletzte. Schließlich warf er die Frau zu Boden und vergewaltigte sie in Gegenwart ihres Söhnchens. Bei den Soldaten befand sich ein Sergeant derselben Besatzungstruppe, ohne gegen den Soldaten einzuschreiten.

— **(Erfüllte Wünsche der schlesischen Justizbeamten.)** Wie die interalliierte Kommission mitteilt, hat am 25. Juni der Präsident der interalliierten Kommission, General Leronge, den in Oppeln von sämtlichen Justizbeamten gewählten Fünferausschuß in einstündiger Audienz empfangen. Alle die Justizbeamten betreffenden Fragen wurden erörtert und, soweit angängig, zur zufriedenstellenden Lösung gebracht. Insbesondere wurde die Zusicherung gegeben, daß den Justizbeamten alle Bequemlichkeiten zur Abreise aus dem oberschlesischen Gebiet gewährt würden.

— **(Neue polnische Bluttat.)** In Rainschdorf bei Kosel überfiel eine bewaffnete polnische Bande von 20 Mann die dortige Gründungsversammlung des Ortsvereins heimattreuer Oberschlesier. Ein Einwohner, der zum zweiten Vorsitzenden gewählt worden war, wurde durch einen Halsschuß getötet. Ein weiterer Einwohner, der zum Beisitzer gewählt war, wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird, drei weitere Einwohner wurden ebenfalls schwer verletzt. Aus verschiedenen Anzeichen geht hervor, daß der Ueberfall regelrecht organisiert worden war.

— **(Meuterei in Ancona.)** In Ancona meuterte am Sonnabend ein Bataillon Bersaglieri u. verhinderten mit Maschinengewehren jede Annäherung. Gleichzeitig wurde in der Stadt der Generalstreik erklärt. Offiziere wurden auf der Straße tätlich angegriffen. Die Meuterer machten einen Ausfall mit Panzerwagen. Viele Personen wurden verwundet. Endlich schlossen Regierungstruppen die Kaserne durch Schützengräben ab und Geschütze wurden aufgefahren, worauf sich die Meuterer ergaben. — Die „Epoca" meldet, daß es sich weniger um eine Revolte als um eine Art Pronunciamento handle, da die Regierung beabsichtigen soll, das Bersaglieri-Korps größtenteils aufzulösen. „Giornale d'Italia" fordert im Zusammenhang mit der Meuterei die Verhaftung des Anarchisten Malatesta, der in allen größeren Städten den Aufruhr vorbereite und offenbar mit fremden, auch jugoslawischen Geldern die Bewegung finanziere.

— **(Berlin vor einem neuen Verkehrsstreik?)** Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Berlin: Berlin steht wieder vor der Gefahr eines Verkehrsstreiks. Von den Arbeitern der Großen Berliner Straßenbahn wird die völlige Gleichstellung mit den städtischen Arbeitern gefordert. Die Direktion der Großen Berliner hatte sich bereit erklärt, die Löhne ohne die Teuerungszuschläge der städtischen Arbeiter zu gewähren. Das würde eine Mehrausgabe von jährlich 10 Millionen Mark bedeuten, für die sich schließlich noch ohne Tariferhöhung Deckung schaffen ließe. Eine Versammlung der Funktionäre der Straßenbahn hat nun aber beschlossen, an der Forderung der völligen Gleichstellung mit den städtischen Arbeitern festzuhalten und durch eine Urabstimmung festzustellen, ob die Mehrheit der Straßenbahner bereit ist, in den Streik einzutreten. Bei den Hochbahnangestellten und den im Verkehrsgewerbe tätigen Handwerkern ist eine gleiche Bewegung eingeleitet worden.

Kleine Nachrichten.

Das Reichsarbeitsministerium ist nunmehr endgültig mit dem Zentrumsabgeordneten Dr. Brauns besetzt worden.

Staatsanwalt Dorten, der sogenannte Präsident der Rheinischen Republik, ist vom Disziplinarhofe zur Entfernung aus dem Amte verurteilt worden.

Der Generalinspekteur der Armee der Vereinigten Staaten, General Chamberlain, ist in Koblenz eingetroffen. Er wird zehn Tage Besichtigungen im amerikanisch besetzten Gebiet vornehmen.

Der dänische Landsthing nahm das Gesetz über die Einverleibung Nordschleswigs in Dänemark mit 56 Stimmen einstimmig an. Es wird in Kraft treten, sobald die Uebertragung der Souveränität über die erste Zone an Dänemark durch die Entente stattgefunden hat.

Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge haben sich die Truppen aus Ostkarelien unter dem Drucke der Bolschewisten nach Finnland zurückgezogen.

Wie ein Privattelegramm der „Politiken" meldet, soll die Meldung von dem Untergang des 8000 To. großen Bolschewistendampfers mit Kriegsgefangenen auf der Newa nur auf Gerüchten beruhen. Die Meldung wird stark angezweifelt. Wie es heißt, soll sie auch in der russischen Presse dementiert sein.

In Fermoy in der Grafschaft Cork nahmen die Sinnfeiner den Brigadegeneral Lucas und zwei Offiziere gefangen. Letztere sind inzwischen nach Fermoy zurückgekehrt, der Aufenthalt von Lucas ist noch unbekannt.

Launen des Schicksals.

Roman von Jos. Schade-Hädicke.

(Nachdruck verboten.)

17. Fortsetzung.

Der Regierungsrat befand sich in einer merkwürdigen Aufregung, seit er die Schwelle dieses Hauses oder vielmehr des großen mit Linden dicht bewachsenen Gartens überschritten hatte.

Tausend Jugenderinnerungen drängten sich ihm auf. Wie oft hatte er als flotter Student an schönen Sommerabenden mit seinen Freunden hier an dieser Stätte geschwärmt, gesungen, und nicht zum wenigsten — getrunken! Sogar das alte Haus mit seinen niederen, verräucherten Gastzimmern und seinen kleinen Fenstern war noch dasselbe, wie er es gekannt hatte, nur daß jetzt der Sohn des ehemaligen Besitzers das Zepter hier führte. Als einziges Zugeständnis an die Ansprüche der Neuzeit hatte der Besitzer am Ende des Gartens einen großen Glaspavillon bauen lassen, um den verwöhnten Sommergästen Unterkunft bei Regenwetter zu gewähren.

„Und der Tanzsaal ist neu hergerichtet", erzählte der kleine Wirt stolz. „Die ganze Seite nach dem Rhein zu ist mit Glas abgegrenzt, damit man auch dort die schöne Aussicht genießen kann. Es ist der schönste Tanzsaal, den wir in der Gegend haben. Dafür kommt auch oft die ganze Hofgesellschaft — nämlich der Kronprinz, der augenblicklich in Bonn studiert, und die Prinzessin von Schaumburg-Lippe mit Gefolge — herüber."

„Und kommt sonst noch viel Besuch aus Bonn?" fragte der Regierungsrat erwartungsvoll.

„Die Herren Studenten, meinen Sie?" fragte der Wirt mit breitem Lachen. „O ja, die kommen jeden Abend in ganzen Scharen; die bringen dann erst Leben ins Haus."

„Daß die Leben mitbringen, glaube ich gern", meinte der Regierungsrat lächelnd, „aber stört das denn Ihre Sommergäste nicht?"

Der Wirt warf einen verschmitzten Blick auf Gerda, die dem Gespräch aufmerksam folgte. „Nein", sagte er dann, „ich habe wenigstens noch nichts davon gemerkt. Jetzt ist es ja noch ein wenig früh, aber vierzehn Tage später ist nicht eines von meinen Logierzimmern mehr frei, so einfach sie sind. Eigentlich Kranke kommen ja auch nicht hierher, die bleiben in Godesberg in den Sanatorien und Privatpensionen."

„Nun, gefällt es dir hier?" fragte der Regierungsrat seine Tochter, als der gesprächige, kleine Wirt den Tisch verlassen hatte.

„Wunderschön ist's!" entgegnete das junge Mädchen mit leuchtenden Augen.

Sie saßen dicht an der niederen Steinmauer des Gartens, und da dieser ziemlich hoch gelegen war, konnte man den schmalen Fußweg, der am Wasser entlang führte, nicht wahrnehmen, sondern glaubte, dicht am Rhein zu sitzen. Dem gleichmäßig rauschenden, grünlichen Strom entlockte die untergehende Sonne goldige Reflexe, und nur wenn einer der großen Rheindampfer die Wogen durchschnitt, bildeten sich größere Wellen, die sich mit lauten Geplätscher am Ufer brachen.

„Wunder-, wunderschön ist's!" wiederholte Gerda noch einmal, indem sie ihre Blicke weit über das am jenseitigen Ufer liegende Siebengebirge schweifen ließ.

„Wunder-, wunderschön ist aber auch dieser gute, unverfälschte Tropfen, dem du bisher noch nicht die geringste Aufmerksamkeit erwiesen hast!" lachte der Regierungsrat, auf Gerdas Glas weisend, das noch immer unberührt vor ihr stand.

Sie lächelte und folgte gehorsam dem Wink des Vaters . . .

Die Gastzimmer waren in der Tat ländlich einfach eingerichtet, aber der weißgescheuerte Fußboden und die sauberen Gardinen machten die Räume trotzdem gemütlich und anheimelnd. Zudem entschädigte auch die schöne Aussicht, die man vom Fenster aus genoß, reichlich für den fehlenden Komfort.

„Die Herrschaften verbringen ja hier den ganzen Tag im Freien, entweder im Garten, oder bei schlechtem Wetter im Pavillon", sagte das hübsche Stubenmädchen, als dem Regierungsrat der gänzliche Mangel eines sofaähnlichen Möbels doch einen leisen Seufzer entlockte.

Gerda nickte eifrig. Sie hatte mit flinken Händen das wenige Gepäck in Schränken und Schubladen untergebracht und hing sich nun in des Vaters Arm, um mit ihm in den Garten hinabzugehen, wo das Essen gleich serviert werden sollte.

„Papachen!" schmeichelte sie unterwegs, „nicht wahr, morgen fahren wir nach Bonn? Herbert nimmt es uns sonst gewiß übel, wenn er erfährt, daß wir schon länger hier sind, ohne ihn zu besuchen."

Im Garten hatte sich das Bild inzwischen vollständig verändert. Die schon anwesenden Kurgäste, die sich tagsüber in der Umgegend vergnügt hatten, waren wieder eingetroffen und saßen ringsum an den Tischen zerstreut, die neuen Gäste, von denen der Wirt bereits gesprochen hatte, neugierig musternd.

An einigen zusammengeschobenen Tischen hatte eine Anzahl Musensöhne Platz genommen. Mit der Mehrzahl der Sommergäste mußten sie bereits bekannt sein, denn lustige Grüße und Neckworte flogen hin und her. Der einzige Kellner, unterstützt von dem Wirt, der fleißig selbst mit Hand anlegte, hatte alle Hände voll zu tun, um dem Begehren der Gäste gerecht zu werden.

Interessiert hatte Gerda und ihr Vater dem Treiben ringsum zugesehen. Endlich, als sich der größte Sturm gelegt, winkte auch der Regierungsrat heran, um ihm seine Wünsche für das Abendessen bekanntzugeben.

Langsam war die Dunkelheit hereingebrochen. Auf dem Drachenfels flammten Lichter auf, und der Petersberg präsentierte sich sogar in rotbengalischer Beleuchtung. Dieser Anblick nahm Gerda ganz gefangen.

Inzwischen hatte sich die Zahl der Studenten beträchtlich vermehrt. Immerfort kamen Nachzügler zu Wagen, einige sogar zu Pferde. Sie hielten sich jetzt auch nicht mehr abgesondert, teilweise nahmen sie an anderen Tischen mit Platz, und besonders dort, wo die durch das Dunkel schimmernden hellen Kleider die Anwesenheit jüngerer Damen verrieten, entwickelte sich bald eine übermütige, harmlose Freudigkeit, die sich zuweilen in hellem Lachen kundgab.

Gerda war keineswegs unbemerkt geblieben, und manch bewundernder Blick flog zu dem hübschen Mädchen hinüber, doch wußte man nicht recht, wie man sich an diesen augenscheinlich vornehmen Herrn und die junge Dame „heranschlängeln" sollte. Ueberdies war die Sache ja auch durchaus nicht so eilig, denn der indiskrete Kellner hatte ihnen bereits verraten, daß die Herrschaften wahrscheinlich einige Wochen hier bleiben würden; da würde sich denn im Laufe der Zeit schon irgendeine Gelegenheit zur Anknüpfung finden.

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen und Rheinland.

Westfälische Gemeindevorsteher gegen den Entwurf einer Landgemeindeordnung.

Kamen, 29. Juni. Nahezu 200 Gemeindevorsteher, besonders aus den südwestfälischen Kreisen, hatten sich auf Einladung des Vereins westfälischer Gemeindevorsteher, oder wie es sich jetzt nennt, westfälischer Landgemeinden, in Dortmund versammelt und übten Kritik an dem zu Anfang dieses Jahres der preußischen gesetzgebenden Versammlung zugegangenen Entwurfes einer Handgemeindeordnung. Derselbe ist von dem früheren Minister des Innern, Dr. Drews, verfaßt, aber von der Regierung nicht der öffentlichen Kritik unterbreitet, wie es sonst bei wichtigen Gesetzesvorlagen zu geschehen pflegt, jedenfalls dann, wenn die beteiligten Kreise es wünschen. Diese Verschwiegenheit hob der Vorsitzende, Gemeindevorsteher F. Börger, von Elspe tadelnd und als eigenartig hervor und wies darauf hin, daß der Entwurf die Selbständigkeit der Gemeindevorsteher, die nach der Landgemeindeordnung für Westfalen von 1856 im hohen Maße beschränkt sei und zwar durch das weitgehende Mitwirkungsrecht der Amtmänner, ziemlich ebenso beschränkt belassen wolle, obgleich man in den neuen preußischen Provinzen das Institut des Amtmannes nicht kenne und die Gemeindeverwaltung dort trotzdem nicht schlechter arbeite. Vor allem hätten sich die Gemeindevorsteher der östlichen Provinzen sehr bitter darüber beklagt, daß jetzt zwischen Gemeindevorsteher und Landkreis eine neue Behörde zur Beaufsichtigung ihrer Verwaltung eingesetzt werden soll. Die wiederholten Eingaben des Preußischen Landgemeindeverbandes an Regierung und Landtag seien bislang nicht beachtet worden. Es sei die Frage, ob der Verein Westfälischer Landgemeinden gleichfalls gegen den neuen Entwurf Stellung nehmen soll. Dies befürwortete in eingehender Ausführung der als Vertreter des Pr. Landg. Verb. erschienene Amtsrichter a. D. Dr. W. Brandis. Er wies darauf hin, daß eine einheitliche Gesetzgebung zwar wünschenswert sei, aber es sei unverständlich, aus welchem Grunde die Gesetzgebung den Landgemeinden ein geringeres Maß von Selbständigkeit zuerkennen wolle als den Städten, die in weit geringerem Maße der behördlichen Aufsicht unterworfen werden sollen. Ein Widerspruch sei es schon immer gewesen, daß die Gemeindevorsteher in den hochkultivierten westlichen Provinzen nicht selbständig in der Gemeindeverwaltung gewesen seien, wie die Gemeindevorsteher in den östlichen Provinzen. Er erhob die Forderung, daß den Gemeindevorstehern in dem ganzen Staate das bisherige Selbstverwaltungsrecht erhalten bleibe, daß die Polizeiverwaltung an die Gemeinden übertragen werde, daß die Gemeinden frei sind in der Wahl, ob sie einen besoldeten oder unbesoldeten Gemeindevorsteher bestellen wollen (bisher haben diese Selbstbestimmung nur die Gemeinden mit mindestens 3000 Einwohnern gehabt), ferner Aufrechterhaltung provinzieller Eigentümlichkeiten, wie des Titels Bürgermeister in Hessen-Nassau und schließlich Uebernahme der Armenlasten auf die Provinzen oder Beibehaltung der bisherigen Ortsarmenverbände. Diese Forderungen hat der genannte Verband im Gegensatz zu dem im Dezember 1919 gegründeten Preußischen Landgemeindetag, der hauptsächlich die größeren Landgemeinden vertritt, erhoben. In der Erörterung stellten sich die meisten Redner auf den Standpunkt des alten Preußischen Landgemeindeverbandes. Sie erklärten den Amtmann als nutzlos und sehr kostspielig. Durch sein Dazwischentreten würden die Geschäfte nur verlangsamt. Entweder müsse der Amtmann oder der Landrat fallen. Einige Redner erklärten, daß sie mit ihrem Amtmann sehr gut auskämen, die Gemeindevorsteher müßten nur von ihren Rechten unbedingt Gebrauch machen, dann entstände kein drückendes Anhängigkeitsverhältnis. Ein Antrag, sich an den Verband Rheinisch-Westfälischer Gemeinden e. V. in Köln anzuschließen, wurde nicht angenommen, weil in diesem Verbande neben den Städten und größeren Landgemeinden die kleinen und mittleren keine Vertretung ihrer Interessen erblickten. Der Vorstand wurde beauftragt, sich mit dem Preußischen Landgemeindeverband in Berlin-Friedenau in Verbindung zu setzen.

*

** **Kamen. (Knappschaftliches.)** Die Auszahlungstermine der Krankengelder, Alters-, Invaliden-, Berginvaliden-, Witwen- und Kinder-Rente für den Monat Juli 1920 sind:

Zahlbezirk	Zahllokal	Zahltag Juli	Beginn der Auszahlung für Witwen und Waisen		für Bergmannsinvaliden, Reichs- und Zusatzrentner	
Bergkamen	Schürmann	6	2	Uhr	2 ½	Uhr
Heeren	Maaß	6	2	„	2 ½	„
Kamen	Ww. Goertz	2	2 ½	„	3	„
Kaiserau	Ketter	5	2	„	2 ½	„
Kurl	Lüneburger	3	2	„	2 ½	„
Lünern	Stoltefuß	3	3	„	3 ¼	„
Massen	Cromberg	1	2 ½	„	3	„
Methler	Budde	5	2	„	2 ½	„
Anna I	Wittler	7	3	„	3 ½	„
Anna II	Nowack	7	2 ½	„	3	„
Anna-Königsborn	Rehfuß	1	2	„	2 ½	„
Werne Bez. Münst.	Wwe. Tecklenborg	2	2 ½	„	3	„
Brackel	Meierling	9	3	„	3 ½	„

Kamen, 29. Juni. **(Verschiedenes.)** Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung weist in einem kürzlich ergangenen Erlasse darauf hin, daß **staatliche Ehrengaben für die anläßlich der Jubiläen von Männergesangvereinen** stattfindenden Wettstreite nicht mehr bestehen. In voller Würdigung der hohen Bedeutung, die der Pflege und der Förderung des Männerchores, namentlich des deutschen Volksliedes, in der jetzigen schweren Zeit zukommt, ist jedoch die Schaffung von staatlichen Ehrengaben in Erwägung gezogen. Die dieserhalb eingeleiteten Verhandlungen sind jedoch zur Zeit noch nicht soweit gediehen, daß Ehrengaben bewilligt bezw. Anträge auf Bewilligung solcher entgegengenommen werden können.

(Von der städt. Sparkasse.) Zu der heute veröffentlichten Bilanz der hiesigen **Sparkasse** für 1919 sei noch bemerkt, daß **die Einlagen** bis auf weiteres mit 4% täglich verzinst und in jeder Höhe angenommen werden. Rückzahlungen können ohne vorherige Kündigung jederzeit erfolgen. Der Zinsfuß für Hypothekkapitalien beträgt ab 1. Juli 1920 4¾%. Einzahlungen können auf Postscheckkonto Nr. 14 701 beim Postscheckamte Köln, auf Konto Nr. 92 bei der Landesbank der Provinz Westfalen in Münster und bei der Reichsbanknebenstelle in Unna erfolgen. Es empfiehlt sich für die Kunden der Sparkasse die Errichtung eines Scheckkontos zwecks Begleichung von Rechnungen aller Art, wodurch der bargeldlose Verkehr wesentlich gefördert wird.

Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe wurde nachstehenden bei der Zündersabrik tätigen bezw. früher beschäftigt gewesenen Personen nachträglich verliehen, und zwar den Herren: Schlossermeister Karl Fischer, Magazinarbeiter Johann Hebgen, Pechlocher Wilhelm Rudolf und Pechlocher Wilhelm Drees, sämtlich aus Kamen.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt die preußische Regierung, mit tunlichster Beschleunigung an die preußische Landesversammlung eine Vorlage zu bringen, die ihr in weitgehendem Maße **die Zwangspensionierung von älteren Beamten** ermöglichen soll. Während nach der bisherigen Rechtslage jeder Beamte für sich bei Erreichung des Alters von 65 Jahren seine Pensionierung verlangen kann, soll jetzt umgekehrt die Regierung jeden Beamten in die Pension schicken dürfen, wenn er diese Altersgrenze überschreitet.

(b) **Methler**, 29. Juni. **Die Viehdiebe** begnügen sich jetzt schon nicht mehr mit einer Abschlachtung, sondern sie fangen auch schon an, ihr unsauberes Handwerk im großen zu betreiben. 3 Kühe wurden in der Nacht vom 23. zum 24. d. Mts. dem Landwirt Krämer von hier auf seiner Weide im nahelliegenden Wickede, im sogenannten Alten Mersch, abgeschlachtet. Allem Anschein nach sind die Diebe bei ihrer Arbeit gestört worden, denn sämtliches Fleisch ließen sie am Tatorte zurück. Erfreulicherweise ergab die sachmännische Untersuchung, daß das Fleisch noch brauchbar war und der Allgemeinheit zugeführt werden konnte.

(b) **Dieraden**, 29. Juni. **Zwei Kohlenschieber** aus Asseln, die schon zu wiederholten Malen mittels eines Lastkraftwagens Kohlen nach Gronau verschoben haben, wurden am 23. d. Mts. beim Passieren unseres Ortes von dem Gendarmerie-Wachtmeister Peters angehalten und der Ausübung ihres unsauberen Gewerbes überführt. Die mitgeführten 150 Zentner Nußkohlen konnten beschlagnahmt werden. In welchem Umfange das Gewerbe betrieben worden ist, wird die Untersuchung ergeben.

Verbandstag des Westdeutschen Spielverbandes.

Dortmund, 29. Juni. Der Westdeutsche Spielverband, der sich über Westfalen, die Rheinprovinz, Hessen-Nassau, Lippe und Teile der Provinz Hannover erstreckt, hielt Samstag und Sonntag in Dortmund seinen diesjährigen ordentlichen Verbandstag ab. Begrüßungsansprachen hielten der Vorsitzende des Dortmunder Ortsausschusses, Walter Sauer, der Verbandsvorsitzende Bankdirektor Klose-Siegen, der darauf hinwies, daß der Westdeutsche Spielverband jetzt zum ersten Male öffentlich seine Ziele und die Wege dazu, sowie seine Mitwirkung am Wiederaufbau Deutschlands darlegen wolle, und Oberbürgermeister Dr. Eichhoff, der die hochgesteckten Ziele des Verbandes würdigte und es als eine bisher vernachlässigte Aufgabe von Staat und Gemeinde bezeichnete, dem Spielverband die Wege zur erfolgreichen Arbeit zu ebnen. Bankdirektor Klose hielt es in seinem Vortrage über die Ziele des Verbandes als das erste Gebot der Stunde, die Bedingungen zum Leben und den Willen zum Leben zu erhalten, der sich besonders stark in dem gewaltigen Zustrom der Jugend zu den Spielvereinen äußere. Sport sei die Bejahung des Lebens und eine Notwendigkeit zum Wiederaufbau des deutschen Volkes. Dies werde hoffentlich jetzt auch die Regierung einsehen und dann die sportlichen Bestrebungen kräftig unterstützen und fördern. Würden die Bestrebungen des Spielverbandes von allen Kreisen tatkräftig unterstützt, werde man hoffentlich später wieder, wie in alter Zeit, singen können: „Blüh' im Glanze deines Glückes, blühe deutsches Vaterland!" Die darauf folgenden Ausführungen des Redakteurs Grolner-Elberfeld galten dem Aufschwung des Westdeutschen Spielverbandes, der vor dem Kriege 48 000 Mitglieder zählte, jetzt auf 180 000 Mitglieder gestiegen sei und ein weiteres großes Wachstum zu erwarten habe. Dr. Klein-Düsseldorf sprach über die Bedeutung des Sports für die Jugenderziehung, indem er durch den Sport eine Stärkung auch der in den Hinterzeund gedrängten seelischen Kräfte im Volke erwartet; die Zukraft unserer gebrochenen Nation liegt in der Jugend. Hirn und Seele reichten sich im Sport die Hand. Die Jugendlichen sollten die Tragsäulen der deutschen Zukunft werden, sollten uns wieder Geltung in der Welt verschaffen. Deshalb habe ihnen unsere Gegenwartsarbeit zu gelten, damit am deutschen Wesen doch noch die Welt genesen werde. Mit Dankesworten an die Redner schloß W. Sauer die Veranstaltung. Die geschlossene Tagung, die Sonntag vormittag im „Reinoldushof" stattfand, erfreute sich einer ungemein starken Teilnahme. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Neueinteilung, über die Redakteur Grolner, ebenso wie über das vom Verbandsausschuß vorgeschlagene Spielsystem sich eingehend verbreitete. Der Verband soll künftig in 5 Gaue: den Rheingau, den Ruhrgau, den bergisch-märkischen, den westfälischen und den hessisch-hannoverschen Gau zerfallen. Die einzelnen Gaue sollen wiederum in 3—4 Kreise eingeteilt werden. Ueber die Zahl der Gaue wurde eine Verständigung leicht erzielt, doch entspann sich über die Abgrenzung der Gaue eine recht lebhafte und ausgedehnte Aussprache, bei der vornehmlich über die Zuteilung Duisburgs zum Rhein- oder Ruhrgau gestritten wurde. Es wurde schließlich beschlossen, daß die Abgrenzung der Gaue der Verbandsvorstand vornehmen soll, nachdem vorher die Gautage darüber beraten haben. Er wurde ermächtigt, kleine aus verkehrstechnischen Gründen notwendig werdende Abänderungen des vorliegenden Vorschlages vorzunehmen. Der Verbandsausschuß sagte zu, die vorgebrachten Wünsche hinsichtlich Duisburgs zu berücksichtigen. Die Gautage sollen über die Einrichtung ihrer Verwaltung selbst entscheiden. Ueber dem Gau aber steht der Verbandsvorstand, der darüber zu wachen hat, daß die Arbeit im Gau den allgemeinen Interessen entspricht. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung betrafen rein geschäftliche Angelegenheiten ohne allgemeines Interesse.

*

Dortmund, 28. Juni. **(Neues industrielles Unternehmen.)** Die Union, Gesellschaft für Metallindustrie in Fröndenberg, hat die seit vorigem Jahre außer Betrieb gesetzte Dortmunder Gildenbrauerei käuflich erworben, um einen Teil ihrer Fabrikation nach hier zu verlegen. Der Betrieb soll mit 500 Arbeitern aufgenommen werden. Die Unterbringung der Arbeiter bietet allerdings große Schwierigkeiten, jedoch läßt die Gesellschaft sofort mit dem Bau von Arbeiter- und Beamtenhäusern beginnen. Die Leitung der Wohnbauten wurde den Architekten Strunck und Wentzler hier übertragen.

Dortmund, 28. Juni. **(Schwarzschlächter angeschossen.)** Als Samstag früh einige Personen, die ohne Erlaubnis geschlachtet hatten, von der Ordnungspolizei festgenommen werden sollten, wurde einer der flüchtigen Täter durch einen Schuß, der von einem Beamten der Ordnungspolizei abgegeben war, verletzt. Die Sicherheitspolizei (grüne Polizei), die durch Gerüchte mit dem Vorfall in Verbindung gebracht wurde, hat mit diesem nicht das geringste zu tun und war bei dem Zusammenstoß überhaupt nicht zugegen.

Dortmund, 29. Juni. **(Strafkammer.)** Zu dem Landwirt Böckmann in Oberberge kamen am 19. Februar zwei Männer, um nach Kartoffeln zu fragen. Diese mußten unverrichteter Sache wieder davongehen. Am Abend wurde er durch ein Geräusch in seiner Scheune aufmerksam. Schnell nahm er einen Revolver zur Hand und eilte hinaus, um zwei Männer und eine Frauensperson, die sich schleunigst entfernten, zu verfolgen. Es glückte ihm, den einen Mann festzunehmen. Mit seinem Sohn, der ein Gewehr zu sich nahm, machte er sich gleich darauf auf den Weg zur Gendarmeriestation, um den Gefangenen dort abzuliefern. Plötzlich wurde er von drei aus der Dunkelheit auftauchenden Männern mit dem Rufe „Hände hoch!" gestellt. Als er seinen Revolver dem vor ihm stehenden Mann auf die Brust setzte, wurde er von hinten gefaßt und über den Kopf geschlagen; gleichzeitig wurde ihm der Revolver abgenommen. Auch der Sohn Böckmanns wurde geschlagen und entwaffnet. Dann verschwanden die Wegelagerer. Es wurde festgestellt, daß an dem Vorgang der Bergmann Klemens Rademacher und der Bergmann Anton Jungmann aus Ränthe beteiligt gewesen waren. Sie behaupten, daß auch noch zwei Brüder Jungmanns dabei waren. Die im 15. Jahre stehende Dienstmagd Maria Rademacher, die früher bei Böckmann in Diensten gewesen war, hatte den Auftrag gehabt, aufzupassen. Die Angeklagten gaben zu, daß sie Kartoffeln stehlen wollten, doch wird vermutet, daß sie auch Korn davongetragen hätten, wenn sie nicht gestört worden wären. Die Dortmunder Strafkammer verurteilte wegen versuchten schweren Diebstahls und gefährlicher Körperverletzung Klemens Rademacher zu 1 Jahr, Anton Jungmann zu 9 Monaten Gefängnis und ordnete sofortige Inhaftnahme an. Der Maria Rademacher wurde wegen Beihilfe 1 Jahr Gefängnis auditiert, doch soll sie auf die Begnadigungsliste kommen.

Aplerbeck, 25. Juni. **Als schwachsinnig** im Sinne des § 51 des R.-Str.-G.-B. ist von sachverständiger Seite der Schleifer Philipp Grund aus Schwerte, der vom Erscheinen an Gerichtsstelle entbunden war, bezeichnet worden. Er hatte in Aplerbeck dem Wirt Oskar Claß aus einem mittels Dietrichs geöffneten Zimmer ein Oberbett, ein Unterbett und Kissen gestohlen. Als er das Diebesgut verkaufen wollte, wurde er abgefaßt. Auf Grund des ärztlichen Gutachtens gelangte die Strafkammer zur Freisprechung des Angeklagten.

(TU) **Gladbeck**, 28. Juni. **(Grubenunglück.)** Auf der Sohle des Schachtes I der Zeche Gladbeck-Zweckes hat sich ein schweres Unglück ereignet. Beim Einmontieren eines neuen Förderwerkes erstickte eine Sauer- oder Wasserstofflasche. Es wurden zwei Bergleute getötet, acht weitere Bergleute wurden schwer verwundet.

Weitere Nachrichten.

— **Zwölfeinhalb Milliarden Defizit** im ersten Vierteljahr (April—Juni) des Etatsjahres 1920. Das ist das Ergebnis der Reichsfinanzwirtschaft, und dabei sind die Mehrforderungen an den Reichssäckel noch nicht zu Ende. Im April und Mai machte der Fehlbetrag sechseinhalb Milliarde aus, im Juni sechs Milliarden. Da ist es kein Wunder, wenn alle Börsen lustlos verkehren, Handel und Wandel stocken, niemand kaufen will und kaufen kann. Und das Wunderbarste ist, daß dabei immer wieder Gerüchte von Generalstreiksabsichten auftauchen.

— **(Völkerversöhnung.)** Aus Brüssel wird gemeldet, daß der Verband der belgischen Advokaten am Sonnabend seinen Kongreß mit einem Festmahl beschloß. Als der Justizminister Vandervelde in seiner Tischrede von der Notwendigkeit einer Völkerversöhnung sprach, wurden Rufe laut, wie „Nieder mit den Boches!" „Hinaus mit ihnen!" In der folgenden Aufregung bestieg der Advokat Vobens aus Namur die Tribüne. „Im Namen unserer Toten u. Verwundeten proklamiere ich den Haß auf die Boches!" rief er in den Saal. Minutenlanger Beifall folgte diesen Worten. In Belgien blüht in letzter Zeit die Deutschenhetze sehr stark.

— **Stau Gradiz gewinnt das blaue Band.** Das mit 200 000 Mark dotierte Deutsche Derby, das gestern im Horner Moor (Hamburg) zur Entscheidung kam, wurde von dem Gradizer „Herold" unter Rastenberger gewonnen. Favorit war der Oppenheimer „Rubier", der Zweiter wurde.

Kleine Nachrichten.

„Etoile Belge" meldet: An der Finanzkonferenz in Brüssel nehmen etwa 110 Vertreter der alliierten Länder teil.

Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel ergriffen die griechischen Truppen die Offensive an der Front von Smyrna und besetzten die Direktionsgebäude des Hafens von Smyrna und die Gebäude der osmanischen Post.

Daily Telegraph meldet: Freitag gingen 2 Dampfer nach Irland ab. Weitere Truppen liegen zum Abtransport bereit.

Der Völkerbund fordert in einem Aufruf alle Länder der Welt auf, Geldmittel zur Bekämpfung der Typhusgefahr in Polen und den Nachbarländern zur Verfügung zu stellen. Die britische Regierung bewilligte sofort 50 000 Pfund Sterling unter der Bedingung, daß alle andern Länder ebenso hohe Beträge aufbringen würden.

Nach Mitteilungen, die der Handelskammer Köln zugegangen sind, ist in Japan eine Liquidation deutschen Privateigentums, besonders auch deutscher Patente, im Gange.

Am 31. Juli d. J. fährt der Dampfer der Deutsch-Ostafrika-Linie Baltik, 3600 Tonnen groß von Hamburg mit Fahrgästen und Fracht nach Südwestafrika. Er läuft die Häfen [illegible] schbai und Lüderitzbucht an.

Der Vollzugsausschuß des Internationalen Transportarbeiterbundes hat an die Transportarbeiter und Eisenbahnerverbände aller Länder eine Mitteilung gerichtet, worin sie unter Hinweis auf die von dem Kongreß in Christiania angenommenen Beschlüssen gegen Krieg, Militarismus und Kapitalismus aufgefordert werden, über folgende zwei Punkte Bericht zu erstatten: 1. ob der Verband bereit ist, die in den Beschlüssen niedergelegten Gedanken und Forderungen zu verbreiten; 2. ob er bereit ist, im Falle eines drohenden Krieges einem etwaigen Aufruf des Generalrats des Transportarbeiterbundes der Verbandsländer zum Ausstand in allen Transportbetrieben Folge zu leisten.

Im schweizerischen Ständerat erklärte der Bundesrat Musy, daß die Finanzlage der Schweiz heute schwieriger sei, als man sich in parlamentarischen und auch in Kreisen der Oeffentlichkeit vorstelle. Der Fehlbetrag werde Ende 1920 140 bis 150 Millionen Franken übersteigen.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 29. Juni. **Sportverein** von 1913, e. V. Wir weisen an dieser Stelle nochmals auf die heute abend im „Schützenhof" stattfindende Monatsversammlung hin. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

Redaktionsbriefkasten.

Zwei Wettende, Methler. Vermutlich werden diese Leute amnestiert werden. Man erwartet schon in Kürze den Erlaß des Reichspräsidenten.

M. B. 11 in **Bergkamen.** Die Herrschaft kann von Ihrer Nichte die Zahlung der Krankenkassen- und Invalidenversicherungsbeiträge nur insoweit fordern, als sie in die Zeit vom 1. Januar ab fallen. Für die Krankenkasse hat der Arbeitnehmer ⅔ der Beiträge zu zahlen, für die Invalidenversicherung die Hälfte. Die Zurückbehaltung der Sachen war nicht berechtigt und Ihre Nichte kann freie Zusendung durch die Post beanspruchen.

L. H. 78 in **Bergkamen.** Machen Sie Ihre Ansprüche bei der Hauptabwickelungsstelle in Berlin, Leipzigerstraße 5, geltend.

Einladung.

Die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung werden hierdurch zu einer Sitzung eingeladen, welche am Mittwoch, den 30. Juni ds. Js., des Nachmittags um 3½ Uhr, in der Aula des Realprogymnasiums stattfindet.

Kamen, den 27. Juni 1920.

Der Stadtverordneten-Vorsteher:
Kupperschlag.

Tages-Ordnung:

1. Einführung des Herrn Stadtverordneten Scharsenberg.
2. Wahl eines Mitgliedes zum Krankenhaus-Kuratorium.
3. Aenderung des Sparkassen-Zinsfußes.
4. Kenntnisgabe einer Ministerialverfügung
5. Abnahme der Jahresrechnung 1918.
6. Nachbesteuerung 1919.
7. Gewerbesteuerordnung.
8. Lustbarkeitssteuerordnung.
9. Aufnahme einer Anleihe.
10. Bewilligung von Abschlagszahlungen an die Lehrpersonen der höheren Mädchenschule.
11. Erhöhung des Schulgeldes für den Besuch des Realprogymnasiums.
12. Erhöhung des Schulgeldes für den Besuch der höheren Mädchenschule.
13. Kautionspflicht der Kassenbeamten betr.
14. Einspruch gegen eine Fluchtlinienfestsetzung betreffend.
15. Erbreiterung des Bürgersteiges in der Bahnhofstraße betr.
16. Gehaltsnachzahlung an einen [illegible]chen Angestellten betr.
17. Teilnahme von Beamten an der „Kommunalen Woche" in Münster. 2549

Geheime Sitzung.

Bekanntmachung.

Durch Verordnung der Reichsregierung vom 13. April 1920 (R.-G.-Bl. S. 521) ist die Einziehung und Außerkurssetzung der Reichssilbermünzen mit einer Frist zur Einlösung bei den Reichs- und Landeskassen bis zum 1. Januar 1921 beschlossen.

Die Kassen haben die vorhandenen und innerhalb der obigen Frist eingelösten Silbermünzen in gleicher Weise wie nicht mehr umlauffähige Reichsmünzen dem Münzmetalldepot des Reiches bei der preußischen Münze in Berlin zuzuführen.

Hamm (Westf.), den 22. Juni 1920.

Der Landrat. J. V.: Lambricht.

Bekanntmachung.

In der Sitzung des Wahlausschusses vom 23. Juni 1920 wurde festgestellt, daß an Stelle des verstorbenen Herrn Stadtverordneten Heinrich Fiene der Rendant Herr Richard Scharfenberg, Bahnhofstraße 17, in die Stadtverordnetenversammlung eintritt. Herr Scharfenberg hat die auf ihn gefallene Wahl angenommen.

Vorstehendes bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis. 2560

Kamen, den 28. Juni 1920.

Der Wahlvorstand: J. V.: Siegler.

Bekanntmachung.

Der Entwurf des Haupthaushaltsplanes der Stadt Kamen für das Rechnungsjahr 1920 liegt in Gemäßheit des § 66 der Städteordnung für die Provinz Westfalen von heute ab 8 Tage lang zur Einsicht im Rathause, Zimmer Nr. 17, offen. 2554

Kamen, den 29. Juni 1920.

Der Magistrat: gez. Siegler.

Zeitungsboten

für Hammerstraße, Lerche gesucht.

Meldungen in der

Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute nachmittag 3 Uhr unsere innigstgeliebte, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter und Tante

Frau Witwe Theobald Brock

Elisabeth geb. Wortmann

nach zweitägigem Krankenlager, wohlvorbereitet durch den Empfang der heiligen Sterbesakramente, in Duisburg, wo sie zur Pflege ihrer erkrankten Tochter weilte, im Alter von 70 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Duisburg, Oberaden, Oer, Münster, den 26. Juni 1920.

Die Beerdigung findet nach erfolgter Ueberführung am Donnerstag, den 1. Juli, vormittags 8 Uhr, vom Trauerhause in Oberaden zum Friedhof Beckinghausen statt. Anschliessend an die Beerdigung wird das feierliche Seelenamt in der Pfarrkirche daselbst gehalten.

Sollte jemand aus Versehen keine Nachricht erhalten haben, so diene diese als solche. 2548



Statt besonderer Anzeige.

Heute morgen 5½ Uhr entschlief sanft nach kurzem schwerem, Leiden unser einziges, innigstgeliebtes Söhnchen, mein liebes Brüderchen

Willy

im zarten Alter von 3 Jahren. 2551

In tiefem Schmerz:

Familie Brähler.

Methler, den 26. Juni 1920.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 26. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr.

Zur Aufklärung!

Um den in letzter Zeit häufig wiederkehrenden Beschuldigungen zu großer Preistreiberei entgegenzutreten, sehen sich Unterzeichnete zu folgender Erklärung veranlaßt:

1. **Es ist wohl dem Nichtfachmann sogar einleuchtend, daß wir mit dem Frühgemüse im großen und ganzen auf holländisches Gemüse angewiesen sind. Der Preis hierfür ist aber schon durch die Valuta bedingt.**
2. **Nach unserer Meinung wäre eine derartige willkürliche Preisfestsetzung seitens unserer Behörde wie die am Montag morgen veröffentlichte undenkbar, wenn zu einer Beratung der Preisprüfungsstelle ein Fachmann hinzugezogen würde, denn derartige Veröffentlichungen, die so wenig unserer heutigen Marktlage entsprechen und einem Angstprodukt verzweifelt ähnlich sehen, dienen nur dazu, Händler und Publikum zu entzweien.**
3. **Nicht unerwähnt möchten wir lassen, daß bei den heutigen teuren Verkehrsverhältnissen es für den Händler der Kleinstadt manchmal nur unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten möglich ist, Waren zu bekommen, oft unter Aufopferung der Nachtruhe.**
4. **Wir Händler sind jederzeit bereit, durch Vorlage der Rechnung den kompetenten Stellen darzulegen, daß wir nur mit einem geringen Aufschlag unsere Ware dem Publikum vermitteln und sicher nicht über den uns zustehenden Verdienst einheimsen.** i2557

K. Becker, Fr. P. Gnaden,
J. Kefenbaum, Fr. Mork Nachflg.
W. Neff, W. Stumpe,
Fr. P. Uhrmeister.



Heute nacht entschlief sanft nach längerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden meine liebe Schwester, Schwägerin und Tante, die

Wwe. Wilhelmine Strunk

geborene Walter

im Alter von 79 Jahren.

Dieses zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kamen, den 27. Juni 1920.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 1. Juli, nachmittags um 4 Uhr, vom Sterbehause Oststr. 19 aus. v2533



Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden wurde heute morgen um 7½ Uhr meine innigstgeliebte Frau, meine liebe Tochter, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau F. Schnickmann

Minni geborene Ketter

im Alter von 36 Jahren durch den Tod erlöst.

Um stille Teilnahme bitten namens der trauernden Hinterbliebenen:

Friedrich Schnickmann.

Kaiserau, Mengede, Weddinghofen, Dortmund, den 28. Juni 1920.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 4 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Von Beileidsbesuchen bittet man absehen zu wollen. m2545

Kamener Lichtspiele.

Vom 29. Juni bis 2. Juli:

Herrin der Welt

III.

Der Rabbi von Kuan-Fu

Am Kreuzweg der Leidenschaft

Ein Roman von Haß und Liebe. In der Hauptrolle:

Leontine Kühnberg. In diesem Filmwerk zeigt uns Leontine Kühnberg ihr ganzes Können, das allen Besuchern noch aus dem Filmwerk **Ich klage an** bekannt sein dürfte. 2558

Als Einlage:

Der Diener des Herrn Baron

Ein Lustspiel voll Humor mit **Franz Groß und Loo Hardy.**

Den vielen an uns gestellten Bitten nachkommend, haben wir uns entschlossen, Freitag morgen von 10—12½ Uhr eine **Sondervorstellung für Mittagschicht** zu veranstalten.

Für sofort einige

Schmiede- und Schlosserlehrlinge

gesucht. 2552

Ewald Hildebrand & Co. Unna.

Ein jüngeres

Morgen-Mädchen

gesucht. 2562

Zu erfragen in der Geschst. der Kamener Ztg.

Zu mieten gesucht, möglichst bald,

Werkstatt oder Räumlichkeit,

welche sich als solche eignet (zum Zusammenstellen sauberer Gegenstände ohne großes Geräusch) am liebsten mit Zimmer für Bürozwecke. 2525

Angebote unter **Z. 27** an die Geschäftsstelle.

Gebrauchte Blumentöpfe

kauft

jeden Posten zu guten Preisen m2555

Gärtnerei Westerich.

Habe zu verkaufen einen neuen m2526

grauen Anzug

475,— Mk., desgleichen einen

kleinen Hund,

äußer stwachsam u. stubenr.

Walter Schmidt, Kaiserau bei Kurl, Wasserkurlerstr. 9, 1. Etg.

Ein gut erh. Opel-

Fahrrad

mit Gummibereifung, wie neu; daselbst ein Paar

weißlederne und ein Paar schwarze Glacee-Herrenhandschuhe

zu verkaufen. 2547

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Kamener Ztg.

Ein alleinstehender Herr, 50 Jahre alt, sucht eine

Lebensgefährtin

nicht unter 40 Jahren. Heirat nicht ausgeschlossen. 2520

Zu erfahren in der Geschäftsstelle der Kam. Zeitung.

Prima

Kautabak

bei 2556

Zimmering, Kamen.

Eine gut erhaltene

Orchester-Geige

mit allem Zubehör (Formetui) preiswert zu verkaufen

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung. m2561

Guterhaltener

Dauerbrenner

für großes Zimmer, zu verkaufen. Angeb. unter **Z. 2544** an die Geschst. dieser Zeitung.

Glucke

mit 7 Küken zu verkaufen. m2550

Nordstraße 7.

Wissen ist Macht!

Charakter, Eheleben, Reichtum, Glück wird nach Astrologie (Sterndeutung) berechnet. Nur Geburtsdatum einsenden. Viele Dank- und Empfehlungsschreiben.

Thews, Hannover, 2473 **Postfach.**

Anzeigen aller Art

inseriert man erfolgreich in der Kamener Zeitung.

Frau oder Mädchen

für 2 halbe Tage zum Putzen gesucht. 2537

Näheres in der Geschäftsstelle d. Zeitung.

Schreiner u. Zimmerer

gesucht. 2518

H. Fiene

Dampfschreinerei und Zimmerei.

Zum 1. Juli oder später ein sauberes, tüchtiges

Mädchen

nicht unter 18 Jahren gesucht. 2546

Zu erfr. in der Geschst.

Bilanz

der Städtischen Sparkasse zu Kamen

für das Rechnungsjahr 1919.

	Aktiva.	Mk.	Pf.		Passiva.	Mk.	Pf.
1	Ausgeliehene Kapitalien am Schlusse des Vorjahres	24824015	65		**A. Einlagen.**		
2	Im Jahre 1919 sind ausgeliehen	2673094	30	1	Betrag der Einlagen am Schlusse des Vorjahres	21225448	87
	Summe	27497109	95	2	Im Jahre 1919 sind eingelegt einschl. der zugeschriebenen Zinsen	14254195	16
3	Im Jahre 1919 sind zurückgezahlt	3777786	09		Summe	35479644	03
	Bleiben	23719323	86	3	Im Jahre 1919 sind zurückgezahlt	13128796	05
4	Guthaben im Scheck- und Konto-Korrentverkehr	2362	31	4	Höhe der Einlagen Ende 1919 auf 18827 Konten	22350847	98
5	Guthaben des Reservefonds	858484	11		**B. Scheck- und Konto-Korrentverkehr.**		
6	Höhe der ausgeliehenen Kapitalien	24580170	28			Mk.	Pf.
7	Mobilienkonto	5141	46	1	Guthaben am Schlusse des Vorjahres	108983	04
8	Zinsenguthaben	103132	08	2	Im Jahre 1919 sind eingezahlt einschl. der zugeschriebenen Zinsen	2455361	94
9	Kassenbestand Ende 1919	303405	03		Summe	2564294	98
				3	Im Jahre 1919 sind zurückgezahlt	2323868	33
				4	Guthaben am Schlusse des Rechnungsjahres auf 73 Konten	240476	85
				5	Vorschüsse bei Banken	1542040	11
				6	Summe der Passiven zu A. und B.	24133364	74
					C. Reservefonds.		
				1	Bestand Ende des Rechnungsjahres 1919	858484	11
	Summe der Aktiven:	24991848	85		Summe der Passiven	24991848	85

Vorstehende Bilanz wird hiermit gemäß § 12 der Satzungen veröffentlicht.

Kamen, den 24. Juni 1920.

Der Sparkassenvorstand:
Levke. Siegler. H. Jacobi. Debus.

Der Rendant:
Hiddemann.